



Bekanntmachungstext gemäß § 12 VOL/A

- a) **Bezeichnung und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind**

Deutscher Bundestag, Verwaltung
Referat ZT 6 - Vergaben
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/227-33234
Fax: 030/227-30374
E-Mail: vergabereferat@bundestag.de

Geschäftszeichen/Vergabenummer: **ZT6-1133-2014-044-18-IT3** (Bitte immer angeben!)

- b) **Art der Vergabe**

Öffentliche Ausschreibung

- c) **Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind**

Schriftlich im verschlossenen Umschlag und mit einer den Vergabeunterlagen beiliegenden Angebotsbeschriftung versehen.
Eine elektronische Angebotsabgabe ist nicht möglich.

- d) **Art und Umfang der Leistung sowie Ort der Leistungserbringung**

Lieferung, Installation und Inbetriebnahme von 31 neuen Public Displays

Die ausgeschriebenen Geräte sind in Berlin-Mitte zu liefern. Die Installationen (Montage) erfolgen in den Liegenschaften des Deutschen Bundestages in Berlin an sechs verschiedenen Örtlichkeiten.

- e) **Gegebenenfalls Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose**

Eine Teilung in Lose ist nicht vorgesehen.

- f) **Gegebenenfalls Zulassung von Nebenangeboten**

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

- g) **Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist**

8 Wochen nach Zuschlagserteilung

h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können

Siehe a)

i) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist

Ende der Angebotsfrist: 17.04.2014, 12.00 Uhr

Ende der Bindefrist: 16.06.2014

j) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen

Keine

k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind

Leistungsbeschreibung und Besondere Vertragsbedingungen, Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B).

l) Mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegende Unterlagen, die die Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters verlangen

Nachweise, die mit dem Angebot vorzulegen sind

- Eigenerklärung über die Eintragung im **Handelsregister**/ in der **Handwerksrolle** oder Auszug aus dem **Berufsregister**, sofern eine Eintragungspflicht besteht (Punkt 3.1.1 des Angebotsvordrucks).
- Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben. Beim Einsatz von Unterauftragnehmern erklärt der Bieter dies mit seiner Unterschrift auch für den/die Unterauftragnehmer.
- Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung „INS“ (Punkt 2 des Angebotsvordrucks).
- Sofern die Bildung einer **Bietergemeinschaft** beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen (Punkt 3.8 des Angebotsvordrucks). Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die hier genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden.
- Sofern der Einsatz eines **Unterauftragnehmers** beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten.

- Vorlage aussagekräftiger **Herstellerdatenblätter** zur technischen und funktionalen Beschreibung des angebotenen Fabrikats (Punkt 3.8 des Angebotsvordruckes).

Nachweise, die auf Verlangen der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung vorzulegen sind

- **Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis** (Deckungssumme mindestens 1.000.000 Euro für Personen- und Sachschäden). Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis jedes Mitgliedes der Bietergemeinschaft vorzulegen.

Nachweise, die von der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung direkt eingeholt werden

- Auszug aus dem **Gewerbezentralregister** beim Bundesamt für Justiz:
Die Auftraggeberin wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

m) Sofern verlangt, Höhe der Kosten für Vervielfältigungen der Vergabeunterlagen bei Öffentlichen Ausschreibungen

Keine

n) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden

Den Zuschlag erhält das wirtschaftlich günstigste Angebot nach dem Kriterium Preis (Gewichtung 100 Prozent).

o) Sonstige Hinweise

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) des Bieters dürfen dem Angebot nicht beigelegt werden. Die Beifügung der AGB, auch zum Beispiel auf der Rückseite des Angebotsbegleitschreibens, führt zum Ausschluss des Angebots.

Bieterfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis zum 10.04.2014 gestellt werden. Die Beantwortung später eingehender Bieterfragen liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle.

Bei Bedarf findet nach Aufforderung durch die AG eine kostenlose Teststellung eines Testgerät des angebotenen Fabrikats für die Dauer von 2 Wochen statt. Die Aufforderung hierzu erfolgt spätestens 14 Tage nach Ablauf der Angebotsfrist. Die Teststellung beginnt spätestens 14 Tage nach der Aufforderung. Zunächst wird der günstigste Bieter zur Teststellung aufgefordert.

Eine Vorortbesichtigung vor Angebotsabgabe wird empfohlen. Ansprechpartner bei der AG ist das Referat IT 3 „Kommunikationstechnik“, Herr Günther, Telefon: 030-227-31152 (oder Vorzimmer -33560), E-Mail: mathias.guenther@bundestag.de. Mehrforderungen, die auf Unkenntnis der örtlichen Gegebenheiten beruhen, werden nicht anerkannt.